

Kapitalmärkte Blickpunkt

LBBW Research | Strategy

Wachstum und Schwarz-Rot: Was der Koalitionsvertrag verspricht

In aller Kürze:

- Das Research-Team der LBBW hat den Koalitionsvertrag von Union und SPD auf seine vermutliche Wachstumswirkungen untersucht.
- Der ganz große Wurf im Sinne der Wirtschaft ist nicht erkennbar, aber gute Ansätze existieren.
- Keine Überraschungen: Der Koalitionsvertrag ist in seiner Wachstumswirkung vergleichbar, aber insgesamt etwas vielversprechender als die gewichteten Mittel der Wahlprogramme der beiden Koalitionäre.

Dr. Moritz Kraemer

Chefvolkswirt und Leiter Research

+49 711 127-73462

Moritz.Kraemer@LBBW.de

LBBWResearch@LBBW.de

www.LBBW.de/Research

Einleitung

Es ist vollbracht. Nach den Parteigremien der Unionsparteien CDU und CSU hat auch die SPD per Mitgliederentscheid den schwarz-roten Koalitionsvertrag gebilligt. Der Wahl von Friedrich Merz als Bundeskanzler am 6. Mai steht nun formal nichts mehr entgegen. Das Regierungsprogramm für die laufende Legislaturperiode steht.

Das haben wir zum Anlass genommen, die Wachstumswirkung des Koalitionsvertrages zu analysieren. Grundlage dafür ist die Studie „[Woran Deutschlands Wirtschaft krankt](#)“, die Ende Oktober 2024 erschienen ist. In ihr hat das LBBW Research die für die fehlende wirtschaftliche Dynamik maßgeblichen Faktoren identifiziert und eingeordnet.

Auf der Basis dieser Studie haben wir vor der Bundestagswahl die Wahlprogramme der wichtigsten Parteien analytisch bewertet („[Wachstum und Wahlprogramme: eine wirtschaftspolitische Analyse](#)“). Die hier vorliegende Studie nun beurteilt unter den gleichen Kriterien den Koalitionsvertrag von Union und SPD. Sie analysiert auch, ob das Regierungsprogramm in Hinblick auf das Wachstumsversprechen mehr ist als die Summe der Programmteile der Koalitionäre. Das Potenzial dazu wäre vorhanden, wenn die Parteien ihre jeweils besten Ideen eingebracht hätten. Es gibt durchaus Politikfelder, in denen das gelungen ist. Aber wir haben auch Bereiche gefunden, die zu wünschen übrig lassen.

Koalitionsvertrag unter die Lupe genommen

Die Studie zur Wirtschaftsschwäche

Die Motivation zu der im Oktober vorgelegten Studie „[Woran Deutschlands Wirtschaft krankt](#)“ war nicht zuletzt das Unbehagen, dass in der öffentlichen Debatte zu oft mit dem Brustton der Überzeugung auf wohlfeile und monokausale Gründe für die deutsche Wirtschaftsschwäche verwiesen wird. Das Anliegen der Studie ist es, die Diagnostik der ökonomischen Blockaden zu versachlichen. Die Analytinnen und Analysten der LBBW sind in zahlreichen Bereichen (vergleiche Abb. 1) fündig geworden. Es knirscht an etlichen Stellen. Einige der Herausforderungen sind externer Natur, die keine Bundesregierung, gleich welcher politischen Couleur, nennenswert beeinflussen kann. Aber die Studie identifiziert auch zahlreiche Politikfelder, die wir angehen können und müssen. Im Folgenden fassen wir die Ergebnisse in aller Kürze zusammen.

Dank seiner starken industriellen Basis zählte Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zu den großen Globalisierungsgewinnern. Im Jahr 2024 lag die deutsche Exportquote bei 42 % des BIP, gegenüber 26 % im Jahre 2000. Umso stärker trifft die **Stagnation des Welthandels** die deutsche Volkswirtschaft. Treiber dieser Entwicklung ist neben der Umorientierung des wichtigen Handelspartners China der weltweit zunehmende Protektionismus, der sich in Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen Bahn bricht. Hinzu kommen die Herausforderungen des Klimawandels sowie zunehmende geopolitische Spannungen, die nicht zuletzt den Rohstoffimport erschweren. Aus diesen Einflussfaktoren haben wir die **Handlungsfelder Exportförderung, Rohstoffsicherung und Förderung des Strukturwandels** abgeleitet.

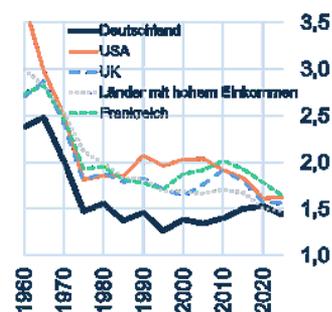
Mehrere politische Baustellen identifiziert die Studie auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Er krankt grundlegend an der **demografischen Entwicklung** des Landes. Wegen der niedrigen Geburtenziffer von nur 1,5 Kindern pro Frau (Abb. 2) schrumpft die Größe jeder kommenden Generation auf weniger als Dreiviertel der vorangegangenen. So werden wir in den kommenden Jahren jährlich netto eine knappe halbe Million Menschen auf dem Arbeitsmarkt verlieren, weil mehr Menschen in den Ruhestand gehen, als junge Leute nachkommen. Umso dringlicher wäre es, **gezielte Fachkräfte anzuwerben** und **Zugewanderte besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren**. Und zugleich Arbeitsfähigen mehr **Arbeitsanreize** zu setzen – dafür, generell **am Arbeitsmarkt zu partizipieren**, die **Lebensarbeitszeit zu verlängern** oder eine bisherige Teilzeittätigkeit auf **Vollzeit** auszudehnen.

Schon bei der Vorbereitung auf das Arbeitsleben, konstatieren die Analytinnen und Analysten, besteht erheblicher **Strukture reformbedarf** in Deutschland. Fehlende **Investitionen in Bildung** haben weitreichende Konsequenzen: Es beginnt bei 300.000 fehlenden Kitaplätzen und reicht bis zum notorisch schlechten Abschneiden deutscher Schüler bei den internationalen PISA-Vergleichstests. Auffällig sind bei Letzteren zudem die ganz besonders schlechten Resultate von Eingewanderten – vor allem dann, wenn es um Eingewanderte der ersten Generation geht. Auch eine bessere **Integration im Bildungssektor** zählt mithin zu den Maßnahmen, die das LBBW Research für wirtschaftsförderlich hält. Denn unzulängliche Bildungschancen sind in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland auch ökonomisch fatal.

Für häufige Klagen der Wirtschaft über die hohe **Steuer- und Abgabenlast** haben wir indes nur bedingt Belege gefunden. So sind etwa die Lohnnebenkosten zwar hoch, doch der Abstand zu anderen Ländern verringert sich bereits seit Jahren. Auch an den Lohnstückkosten ist keine Verschlechterung der Wettbewerbsposition Deutschlands abzulesen. Gleichwohl könnten in Anbetracht der zahlreichen, nun schlagend werdenden strukturellen Herausforderungen gezielte Entlastungen durchaus Investitions- und Wachstumsanreize generieren.

Aus Export-Stärke ist Export-Abhängigkeit geworden

Abb. 2: Durchschnittliche Kinderanzahl pro Frau



Quelle: United Nations, LBBW Research

Viele Baustellen im Bereich Bildung

Besonderes Augenmerk sollte **das staatliche Handeln** auf die **Deregulierung** vieler Prozesse und Verfahren legen, um der überbordenden Bürokratie Herr zu werden (Abb. 3). Hier lässt sich tatsächlich von einer Überforderung der Wirtschaft sprechen. Das gilt insbesondere auch für Unternehmen in der Anfangsphase: In Deutschland fehlt es an Gründern. Nach einer Untersuchung der Weltbank bedurfte es 2020 in Deutschland neun administrativer Prozesse, um ein Start-up auf die Beine zu stellen. In Großbritannien waren es nur vier, in Kanada sogar nur zwei. **Gründungsförderung** und die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse sind mithin ebenfalls ein glasklarer Auftrag an die Politik.

Auch dringende Investitionen in **Infrastruktur** erschwert die deutsche – und europäische – Überregulierung. Um den Stau in diesem Bereich aufzulösen, braucht es einen **Investitionsschub** in Höhe eines mittleren dreistelligen Milliarden-Euro-Betrages vorrangig in den Bereichen Digitalisierung, Energienetze, öffentlicher Nahverkehr, Verkehrsinfrastruktur sowie in Schulen und Hochschulen.

Zu guter Letzt spielen auch die Einstellungen eine Rolle, die eine Gesellschaft dominieren. Für Deutschland macht das LBBW Research vor allem eine zunehmende **Risikoscheu** und **Veränderungsaversion** aus. „Rund 20 Jahre nach der Agenda 2010 ist Deutschland vielleicht nicht so sehr zum kranken, als vielmehr zum ängstlichen und ein Stück weit bequemem Mann Europas geworden“, schreiben die Autoren des Kapitels **Mindset**. Das zeigt sich in vielerlei Aspekten: Beim Zaudern, Bürokratie abzubauen, bei den Bedenken gegen das Riesenprojekt Energiewende und selbst beim Anlageverhalten. Denn Deutsche sparen zwar fleißig, aber so risikoavers, dass die Rendite weit unter dem Möglichen bleibt. Hier tun **Anreize zur Vermögensbildung** not.

Damit die Wirtschaft langfristig wieder Tritt fasst, braucht es ein umfassendes und mutiges Reformpaket, das möglichst viele Wachstumshemmnisse aus dem Weg räumt. Der vorliegende Blickpunkt analysiert, ob der Koalitionsvertrag verspricht, die notwendigen Reformen auf den Weg zu bringen. Das Ergebnis der Analyse zeigt, dass dies leider nur sehr partiell der Fall ist.

Abb. 3: Was sind die größten Investitionshindernisse?

(Umfrage 4. Quartal 2024, bis zu drei Nennungen möglich)



Quelle: [Die Familienunternehmer](#), LBBW Research

Zögern und Zaudern statt Mut

Abb. 1: Handlungsfelder und Kriterien im Überblick:

Äußere Einflüsse	Exportförderung Rohstoffsicherung Förderung des Strukturwandels
Demografie	Verlängerung Lebensarbeitszeit Gezielte Fachkräftenwerbung
Staatliches Handeln	Deregulierung Steuern und Abgaben Gründungsförderung Arbeitsanreize
Infrastruktur	Investitionsschub Vereinfachung Prozesse
Bildung und Integration	Investitionen in Bildung Strukturreform Bildung Integration Bildungssektor Integration Arbeitsmarkt
Mindset	Anreize Partizipation Arbeitsmarkt Anreize Vermögensbildung Anreize für mehr Vollzeit

Methodologie

Knapp zwanzig Analytinnen und Analysten des LBBW Research haben es auf sich genommen, das 144-seitige Koalitionspaket zu studieren und auf mögliche Wachstumswirkungen hin abzuklopfen. Danach haben sie unabhängig voneinander eine Bewertung von Null (wird nicht erwähnt oder negative Wirkung) bis 4 (zentrale Leitplanke des Koalitionsvertrages mit plausiblen Details) vergeben (siehe Abb. 4 für Definitionen). Dabei haben wir uns parteipolitische Scheuklappen verordnet, um den Einfluss der eigenen politischen Präferenzen weitestgehend aus der individuellen Bewertung auszublenden.

Zwei wichtige Annahmen liegen den Bewertungen zugrunde. Erstens: Wir nehmen die Koalitionäre beim Wort. Wir berücksichtigen nur das, was im Koalitionspapier tatsächlich niedergeschrieben ist. Es findet also kein Interpretationsversuch statt darüber, was die Koalitionspartner meinen könnten, auch wenn sie es nicht explizit aufgeschrieben haben.

Zweitens: Alle Maßnahmen und Intentionen der schwarz-roten Koalition stehen explizit unter einem Finanzierungvorbehalt. Das bedeutet, dass sie nur dann umgesetzt werden sollen, wenn ihre Finanzierung als gesichert gelten kann. Es ist aus unserer Sicht durchaus zu erwarten, dass dieser Finanzierungsvorbehalt bindend sein könnte. Die Wachstumserwartungen, von denen die Koalitionspartner zum Teil sprechen, weichen bisweilen erheblich von denen des LBBW Research ab. Beispielhaft sei das laufende Jahr genannt, für das das LBBW Research wieder eine leichte Schrumpfung (-0,5 %) des Sozialprodukts prognostiziert. Entsprechend enttäuschend könnten auch die Staatseinnahmen ausfallen und somit die Umsetzung der Koalitionspläne gefährden. Insofern ist die hier präsentierte Bewertung des Koalitionsprogramms als die optimistische Obergrenze anzusehen, denn wir unterstellen dabei, dass die Finanzierungsvorbehalte nicht greifen.

Eine im strengen Sinne wissenschaftliche oder objektive Bewertung ist nicht möglich. Jede Einwertung ist notwendigerweise subjektiv. Durch die Durchschnittsbildung aus knapp zwanzig unabhängig voneinander vorgenommenen Bewertungen entsteht dennoch eine gewisse Objektivierung. Tatsächlich lagen die individuellen Bewertungen meist relativ eng beieinander. Nur in besonderen Ausnahmefällen wichen sie um zwei oder gar mehr Punkte voneinander ab. Im Folgenden diskutieren wir zunächst die aggregierten Ergebnisse.

Analog zu den Erkenntnissen der eingangs erwähnten Studie zur deutschen Wirtschaftsschwäche sind die wachstumshemmenden Faktoren in sechs Kategorien unterteilt:

- **Äußere Einflüsse:** Hier geht es um Herausforderungen wie Protektionismus, Rohstoffsicherheit und Transformation.
- **Demografie:** Diese Kategorie behandelt den demografischen Wandel und den damit strukturell einhergehenden Rückgang des Arbeitsangebots.
- **Staatliches Handeln:** Hier findet sich wirtschaftspolitisches Handeln im engeren Sinne wie Regulierung, Steuer- und Abgabepolitik, Arbeitsanreize und das Umfeld für Unternehmensgründungen.
- **Infrastruktur:** Investitionen und die Vereinfachung von Genehmigungs- und Umsetzungsverfahren sind hier zentrale Stellschrauben.
- **Bildung und Integration:** Das Thema Humankapital, und somit Produktivität, steht hier im Vordergrund.
- **Mindset:** Diese Kategorie thematisiert gesellschaftliche Einstellungen, wie etwa den Umgang mit Risiken, Leistungsbereitschaft und Vorsorge durch Vermögensbildung.

Abb. 4:
Bewertungsschema

0	Wird nicht erwähnt oder negative Wirkung
1	Wird nur kurz erwähnt, aber nicht genauer thematisiert
2	Wird thematisiert, aber ohne oder mit nur unplausiblen Details
3	Wird thematisiert, mit plausiblen Details
4	Zentrale Leitplanke des Programms mit plausiblen Details

Durchschnitt
aus fast 20
unterschiedlichen
Einschätzungen

Durchaus Grund zu Optimismus

Die Bewertung der Analytinnen und Analysten des LBBW zeigt ein weitgehend konsistentes Bild: Insgesamt enthält der Koalitionsvertrag durchaus vielversprechende Ansätze, bleibt in einigen Aspekten aber das Opfer der unterschiedlichen Herangehensweisen und Weltbilder der beteiligten Parteien. Das kollektive Ergebnis deckt sich weitgehend mit unserer [Schnelleinschätzung](#), nachdem der Vertrag ausgehandelt worden war. Über alle Politikmaßnahmen hinweg beträgt die ungewichtete durchschnittliche Bewertung 2,5 (siehe Abb. 5). Das liegt 0,3 Prozentpunkte über dem stimmungsgewichteten Durchschnitt der Wahlprogramme von Union und SPD (2,2) aus unserer Studie vor der Wahl. Mit anderen Worten: Es ist den Verhandlern gelungen, dass der Kompromiss besser ist als die Summe der Teile. Jedenfalls mit Blick auf die zu entfaltende Wachstumsdynamik, um die es in diesem Blickpunkt geht.

Der einzige Politikbereich mit einer durchschnittlichen Bewertung von mindestens „3“ (= positiv und wird mit plausiblen Details thematisiert) ist der Themenkomplex „Infrastruktur“ (3,2; siehe Abb. 6). Das lässt sich unmittelbar auf die Etablierung des Sondervermögens Infrastruktur in Höhe von 500 Mrd. EUR zurückführen, die noch der alte Bundestag im Schweinsgalopp beschlossen hatte. Folgerichtig bewerten wir das Kriterium „Investitionsschub“ mit einem sehr hohen Wert von 3,7 (siehe Abb. 5. Zur Erinnerung: 4,0 ist der maximal mögliche Wert). Beim Kriterium „Vereinfachung Prozesse“ dagegen liegt der Wert mit 2,7 deutlich darunter. Das unterstreicht, dass neben den nun zur Verfügung stehenden Finanzierungsmitteln aus dem Sondervermögen auch maßgebliche Vereinfachungen bei Planung, Ausschreibung und Genehmigungsverfahren notwendig sind, damit sich die Wachstumshoffnungen der Investitionsoffensive auch wirklich erfüllen können.

Beste Note bei
Infrastruktur

Abb. 5: Wie das LBBW Research die einzelnen Kriterien bewertet hat

		Koalitions- vertrag	Union	SPD	gewichtetes Mittel Union/SPD
Äußere Einflüsse	Exportförderung	1,9	3,0	2,0	2,6
	Rohstoffsicherung	2,5	2,1	2,3	2,2
	Förderung des Strukturwandels	2,8	2,4	2,4	2,4
Demografie	Verlängerung Lebensarbeitszeit	2,7	2,7	1,0	2,1
	Gezielte Fachkräfteanwerbung	2,3	3,0	2,3	2,7
Staatliches Handeln	Deregulierung	3,1	3,3	1,9	2,8
	Steuern und Abgaben	2,8	2,0	0,3	1,4
	Gründungsförderung	2,6	2,4	1,3	2,0
	Arbeitsanreize	2,8	2,7	1,0	2,1
Infrastruktur	Investitionsschub	3,7	1,9	3,3	2,4
	Vereinfachung Prozesse	2,7	2,9	2,0	2,5
Bildung und Integration	Investitionen in Bildung	2,8	2,4	2,1	2,3
	Strukturreform Bildung	1,2	2,1	1,1	1,8
	Integration Bildungssektor	1,7	1,7	1,9	1,8
	Integration Arbeitsmarkt	2,6	2,7	2,6	2,7
Mindset	Anreize Partizipation Arbeitsmarkt	2,9	2,6	1,0	2,0
	Anreize Vermögensbildung	1,8	2,4	2,0	2,3
	Anreize für mehr Vollzeit	2,4	1,1	1,3	1,2
Insgesamt	Mittelwert	2,5	2,4	1,8	2,2

Quelle: LBBW Research

Relativ gute Bewertungen bekommt auch der Themenbereich „staatliches Handeln“ (2,8, siehe Abb. 6). Hier wiederum schneidet der Unterbereich „Deregulierung“ mit 3,1 am positivsten ab (siehe Abb. 5). Auch hier gilt aber, dass Papier zunächst einmal geduldig ist und es entscheidend sein wird, wann und wie die Regierung die im Koalitionsvertrag niedergeschriebenen Willensbekundungen auch tatsächlich umsetzt. Das ist umso wichtiger, als die mit der Regulierung einhergehenden Bürokratielasten gerade von mittelständischen Unternehmen als das wichtigste Investitionshemmnis genannt werden (siehe Abb. 3).

Im Themenkomplex „Staatliches Handeln“ weist auch die Unterkomponente „Steuern und Abgaben“ mit 2,8 einen überdurchschnittlichen, wenn auch nicht überragenden Wert auf. Diese Einschätzung basiert auf der Ankündigung von Sonderabschreibungen für Unternehmensinvestitionen sowie die Perspektive auf eine moderate Senkung der Unternehmenssteuern. Einmal mehr: Achtung Finanzierungsvorbehalt! Letzterer dürfte auch dazu geführt haben, dass die Bewertung durch die LBBW-Analystinnen und Analysten hier weiter auseinanderklaffen als bei fast allen anderen Kategorien (die Standardabweichung beträgt „für Steuern und Abgaben“ 0,8, bei einer durchschnittlichen Streuung über alle Politikbereiche von nur 0,5).

Für alle anderen wachstumsrelevanten Politikbereiche liegt der Wert in einem durchschnittlichen Wert zwischen 2,1 und 2,5. Mit anderen Worten: Die Analystinnen und Analysten des LBBW Research erkennen zwar, dass der Koalitionsvertrag die Problemfelder thematisiert. Was aber zumeist fehlt, ist die Hinterlegung mit plausiblen und konkreten Maßnahmen. Oder es lassen sich wie etwa im Bildungsbereich durchaus optimistisch stimmende Investitionspläne (2,8) erkennen, zu deren Erfolg aber die nötigen Reformen (1,2) und der Wille zu einer besseren Integration Zugewanderter (1,7) fehlen. Ein schlüssiges und rundes Wachstumskonzept sieht anders aus.

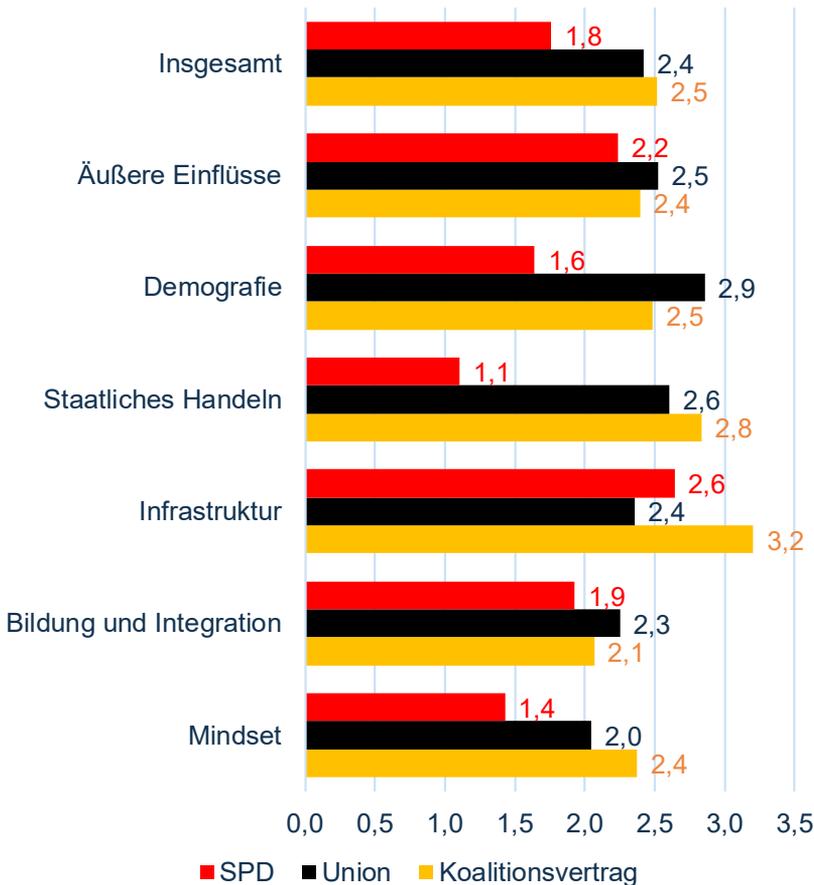
Begrüßenswerte Pläne zur Deregulierung

Koalitionsvertrag versus Programme

Bei der Analyse der Parteiprogramme vor der Bundestagswahl hatten wir die Hoffnung geäußert, dass die Wachstumsimpulse einer Koalition ausgeprägter sein könnten als die der konstituierenden Parteien. Und zwar dann, wenn die Koalitionspartner jeweils ihre wachstumsfreundlichsten Politikmaßnahmen in die Koalitionsverhandlungen einbrächten und durchsetzen würden. Dann wäre das Ganze (die Koalitionsvereinbarung) mehr als die Summe der Teile (der Wahlprogramme)

Mehr als die
Summe der Teile

Abb. 6: Bewertung Koalitionsvertrag versus Parteiprogramme



Quelle: LBBW Research

Ist das hier der Fall? Insgesamt erfüllt der Koalitionsvertrag diese Hoffnung tatsächlich. Nach einzelnen Politikfeldern betrachtet ist das aber nicht immer der Fall. Der stimmungsgewichtete Durchschnitt bei den Bewertungen der Parteiprogramme von Union und SPD liegt mit 2,2 leicht unterhalb der durchschnittlichen Bewertung des Koalitionsvertrages über alle Politikbereiche (2,5, siehe erste und letzte Spalte in Abb. 5). Damit rangiert der Koalitionsvertrag oberhalb des Bewertungsintervalls zwischen den Wahlprogrammen von CDU (2,4) und SPD (1,8).

Allerdings gibt es erkennbare Unterschiede zwischen den Politikbereichen. Wie bereits erwähnt ist der Komplex „Infrastruktur“ mit 3,2 der am höchsten bewertete Bereich. Aber nicht nur das: Der Koalitionsvertrag geht in diesem Punkt sogar über das hinaus, was jede der Koalitionsparteien individuell in Aussicht gestellt hatten.

Abb. 7 zeigt, wie sehr die Bewertung des Koalitionsvertrags vom Durchschnitt der Parteiprogramme abweicht, jeweils gewichtet mit den bei der Bundestagswahl auf die Koalitionsparteien entfallenen Stimmen (Union 64 %, SPD 36 %). Auch hier lässt sich das positive Verhandlungsergeb-

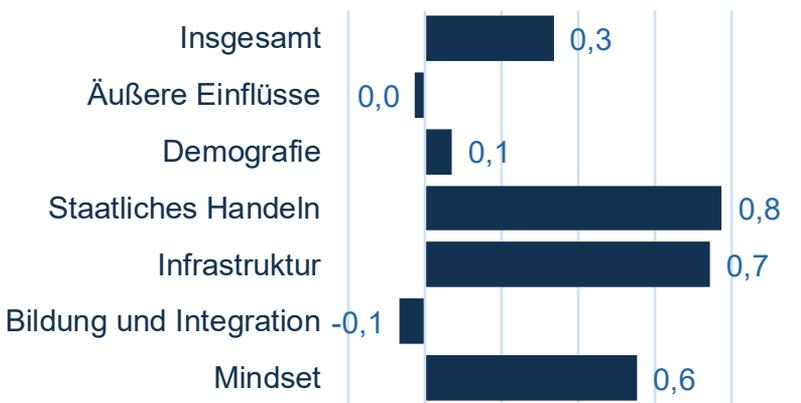
Infrastruktur
schneidet besser
ab als in den Pro-
grammen

nis im Bereich Infrastruktur klar ablesen. Aber auch im Bereich „Staatliches Handeln“ zeigt sich eine Overperformance, getrieben vor allem durch die in Aussicht gestellte Deregulierung, Steuerentlastungen für Unternehmen sowie die Stärkung der Arbeitsanreize.

Auch im Politikbereich Mindset verspricht die Koalitionsvereinbarung mehr als die Parteiprogramme. Das liegt nicht zuletzt an den niedrigen Werten, die das SPD-Wahlprogramm in dieser Kategorie erhalten hatte. Getrieben wird die Punktvergabe insbesondere von einer relativ hohen Bewertung höherer Arbeitsanreize. Allerdings ist der Wert für den Bereich Mindset mit 2,4 nicht besonders hoch. Die Overperformance gegenüber den Parteiprogrammen geht also vor allem auf die niedrigen Erwartungen in diesem Politikfeld zurück.

In den übrigen Politikfeldern konnten die Koalitionäre hingegen nicht positiv überraschen.

Abb. 7: Bewertung des Koalitionsvertrages relativ zu den Wahlprogrammen von Union und SPD



Quelle: LBBW Research

Die Hälfte der Politikbereiche gibt Anlass zu Hoffnung

Fazit

Insgesamt erfüllt der Koalitionsvertrag mit Blick auf die Wachstumswirkungen die bescheidenen Erwartungen, die man an ein Bündnis aus zwei solch unterschiedlichen Parteien mit divergierenden Weltanschauungen stellen kann. Insbesondere im Bereich Erneuerung der Infrastruktur geht so etwas wie ein „jetzt geht's los“-Ruck durch die Koalition.

Alle Maßnahmen sind allerdings unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit vereinbart worden. Das bedeutet, dass solche Politikmaßnahmen, die Geld kosten und nicht durch das Sondervermögen abgedeckt sind, möglicherweise erst später, nur abgespeckt oder gar nicht zur Umsetzung kommen. Entsprechend wären auch die Auswirkungen auf das Wachstum geringer.

Zudem ist anzumerken, dass in dem Koalitionsvertrag regelmäßig von „wir wollen“ und „wir prüfen“ die Rede ist und weniger von „wir werden“. Wir lesen das als einen Hinweis darauf, dass viele Kompromisse erst noch geschlossen und viele politische Brücken noch gebaut werden müssen. Im schlimmsten Fall könnte das zu andauernden Querelen innerhalb der Koalition führen, was die Glaubwürdigkeit der Politik beeinträchtigen würde.

Aber bislang haben sich die Führungsriegen von Union und Sozialdemokraten als verantwortungsbewusst präsentiert. Alle wissen, welche politische Beben ein Scheitern der Koalition auslösen könnte. Dieses Risiko will in Berlin niemand eingehen. Umso weniger, als durch den irrlichternden Kurs der US-amerikanischen Regierung viele vormals geltenden Sicherheiten ins Wanken geraten sind. Europa ist gefordert wie selten zuvor, Stärke und Führung zu mobilisieren. Diese Herausforderung gilt für die größte Volkswirtschaft in der EU im Besonderen, und sowohl Union als auch SPD scheinen sie annehmen zu wollen.

Das macht Mut und sollte uns alle dazu animieren, der schwarz-roten Koalition eine faire Chance zu geben, sich zu bewähren. Die Bewertungen des LBBW Research zum Koalitionsvertrag zeigen, dass die neue schwarz-rote Regierung durchaus zu positiven Überraschungen in der Lage sein könnte. Dass sie, wie so oft zitiert, „zum Erfolg verdammt“ ist, würden wir in diesem Zusammenhang als durchaus ermutigend betrachten.

Und immer droht
der Finanzie-
rungsvorbehalt

Ein Scheitern
wäre hochriskant

Disclaimer

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur zu Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.